

Demonstration **Quickborn sagt Ja zur Vielfalt**

Quickborn, 4. Februar 2024

Redebeitrag von:

Thomas Beckmann,
Bürgermeister Stadt Quickborn



Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Sind Sie auch der Meinung, dass man jeden Pilz einmal essen kann?

Dann sind Sie vielleicht auch der Meinung, dass man jede Partei einmal wählen kann? Macht ja nichts! Wenn's schiefgeht wähle ich das nächste Mal eine andere Partei. Wirklich? Der Pilz und die Partei sehen das womöglich anders. Der eine wie die andere sorgen vielleicht dafür, dass Sie nicht noch einmal eine Wahl haben.

Das war jetzt vielleicht ein bisschen dick aufgetragen. Ich versuche es noch einmal anders: Ist Ihnen schon einmal aufgefallen, dass in manchen Dracula-Filmen der Vampir Ihr schützen-des Haus nur betreten kann, wenn Sie ihn hereinbitten? Er versucht deshalb mit allerlei Schmeicheleien Ihre Einladung zu erwirken.

Wenn Sie sich verführen lassen, ist es zu spät.

Wir dürfen uns nicht verführen lassen!

Und wir müssen unseren Blickwinkel weglenken von dem Gegen etwas zu sein hin zu Für etwas zu sein. Deshalb lautet unser Motto heute: Ja zur Vielfalt – Wir haben keinen Platz für Extremisten.

- Wir sind dafür, dass dieses Land grundsätzlich bereit ist, Flüchtenden und Asylsuchenden Schutz zu gewähren.
- Wer im Zusammenhang mit Asylsuchenden, Ausländern mit Bleiberecht und nicht assimilierten Staatsbürgern von Remigration spricht, missachtet die fundamentalen Werte des Grundgesetzes.
- Wer der Auffassung ist, dass man mit hohem Anpassungsdruck und maßgeschneiderten Gesetzen Menschen zur Remigration zwingen sollte, darf nicht in unseren Parlamenten sitzen.
- Wir sind für ein vielfältiges Miteinander und das Recht aller Menschen, mitzureden und die Gesellschaft, in der wir leben, mit zu gestalten. Die menschenverachtende Philosophie einer völkisch-ethnischen Gemeinschaft ist das Gegenteil von Vielfalt.

- Wir sind dafür, das Thema Migration offen und ohne Tabus oder Sprechverbote zu verhandeln, solange die Würde des Menschen bei allen Überlegungen der oberste Maßstab bleibt.

(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.

Artikel 1 Grundgesetz, Absatz 1 + 2

Inzwischen sitzen als gesichert rechtsextremistisch eingestufte Landesverbände in den Parlamenten unserer Republik. Trotzdem und obwohl die menschenverachtenden Ansichten von Mitgliedern rechtsextremistischer Parteien offenkundig sind, wollen viele Mitbürgerinnen und Mitbürger diesen Parteien ihre Stimme geben.

Wir müssen diesen Menschen zurufen: Das sind aber keine Alternativen, die man mal ausprobiert. Das ist nicht die Wahl des geringsten Übels. Das sind gefährliche Experimente.

Man erkennt es schon daran, dass inzwischen die gemäßigten Protagonisten dieser politischen Strömung in der Bedeutungslosigkeit verschwunden sind und allen Ernstes die Möglichkeit diskutiert wird, dass ein durch den Verfassungsschutz als gesichert rechtsextremistisch eingestufte Politiker Ministerpräsident werden könnte. Was für eine Entwicklung. Was kommt als nächstes?

Doch wir wollen nicht nur mit dem Finger auf andere zeigen. Zur Wahrheit gehört natürlich auch, dass wir Herausforderungen haben und dass wir in Deutschland diskutieren und verhandeln müssen,

z.B.

- wie wir die Zuwanderung und Integration von Menschen regeln,
- wie wir den Zugang zu unserem Arbeitsmarkt vereinfachen,
- wie wir staatliche Hilfen wie z.B. Bürgergeld oder Subventionen verteilen,
- wie wir für mehr Wohnraum sorgen,
- oder die dringende Sanierung unserer Straßen bezahlen.

Die Liste der Themen ist lang.

Es hilft aber nicht, zu behaupten, dass Migration die Ursache allen Übels sei. Das allein ist keine Antwort, geschweige denn ein Lösungsansatz.

Im Gegensatz zu den Protagonisten extremistischer Strömungen wollen wir niemanden ausgrenzen, um so vermeintlich unsere Probleme zu lösen. Wir wollen gemeinsam nach echten Lösungsansätzen für die Herausforderungen unserer Zeit suchen, sie finden und umsetzen.

Wir wollen den Menschen nicht vorschreiben, was sie zu denken haben. Stattdessen ist es unsere Pflicht, Chancen aufzuzeigen und extremistischem Gedankengut, das häufig aus Unzufriedenheit und Frust resultiert, keinen Platz einzuräumen.

Wir wollen nicht mit erhobenem Zeigefinger durch die Straßen laufen, doch wir werden auch nicht wegsehen.

Wir reichen allen Menschen, die sich auf dem Boden des Grundgesetzes bewegen, die Hand. Unsere Stärken liegen in der Vielfalt und der Freiheit. Das müssen wir betonen und verteidigen. Die vielen Demonstrationen für Demokratie – wie diese heute – zeigen, dass viele Menschen das genauso sehen und bereit dazu sind. Das ist ermutigend!

Aber es ist auch notwendig, dass jeder von uns im eigenen persönlichen Umfeld, im eigenen persönlichen Gestaltungsbereich einsteht für die Grundwerte unserer Demokratie; Im persönlichen Handeln, in der Sichtbarmachung der eigenen Haltung, in persönlichen Gesprächen mit Freunden, Kollegen und Nachbarn.

John F. Kennedy hat diesen Gedanken in seiner Antrittsrede, wie folgt formuliert: „Fragt nicht, was euer Land für euch tun kann – fragt, was ihr für euer Land tun könnt.“

Meine Bitte: Machen Sie mit!

Nutzen Sie Ihren persönlichen Einfluss!

Jeder kann es!

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, es ist fünf vor zwölf.

Ein Kreuz auf einem Wahlzettel ist leicht gemacht.

Wer Veränderung will, muss sorgsam prüfen, ob diejenigen, die Versprechungen machen, echte Vorschläge haben oder nur mein und ihr Bauchgefühl bedienen. Ein Kreuz auf einem Wahlzettel ist eine schwerwiegende Entscheidung. Wer heute hier ist, dem ist das völlig klar.

Allen anderen rufe ich zu:

- Bitte bedenken Sie, was Ihr Kreuz auf einem Stück Papier für Ihr Leben und das von vielen anderen Menschen bedeuten kann.
- Bitte überlegen Sie sorgsam:
 - Was passiert dann?
 - Was kommt danach?
 - Sind die Konsequenzen dieser Entscheidung wirklich das, was ich möchte?

Martin Niemöller war ein bekannter deutscher Pfarrer – zu Zeiten des Dritten Reiches und danach. Er sprach offen über seine frühe Verbundenheit mit dem National-

sozialismus und seinen späteren Gesinnungswandel. Eines seiner eindrücklichsten Zitate über Schuld und Verantwortung möchte ich hier und heute mit Ihnen teilen:

„Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Kommunist. Als sie die Gewerkschaftler holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Gewerkschaftler. Als sie die Juden holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Jude. Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.“

Wir sind heute hier, um unseren Gedanken in einer öffentlichen Veranstaltung Ausdruck zu verleihen. Ein hohes Gut, das in vielen Ländern nicht selbstverständlich genutzt werden kann. Wir können es und ich danke Ihnen, dass Sie dieses Recht heute in Anspruch genommen haben.

Deshalb sagen wir heute:

Ja zu Vielfalt und Toleranz und ein deutliches Nein zu Extremismus!

Deshalb wiederhole ich meine Bitte:

Machen Sie mit!

Nutzen Sie Ihren persönlichen Einfluss!

Jeder kann es!